

Abwerten, entrechten, deportieren – wie in Krisenzeiten die Gleichheit des Menschen angegriffen wird



Anfang 2024 demonstrieren Millionen Menschen gegen Rechts. Sie reagierten auf Pläne von Rechtsradikalen, von Nazis und AfDlern, die »Remigration« forderten und Verfolgung, Entrechtung und Deportation meinten. Ihre völkisch-rassistische Definition des »Deutschseins« bedroht auch deutsche Staatsbürger*innen. **Plötzlich waren Teile der bürgerlichen Mitte alarmiert, denn diese Drohung betraf Menschen aus ihrem Umfeld.** Vielleicht dachten sie auch an die jüdischen Deutschen, die im NS-Faschismus in die Vernichtungslager deportiert worden waren.

Die Demonstrationen gegen Rechts wurden zu den größten in der BRD-Geschichte. Sie dämpften vorübergehend die Umfragewerte der AfD. Aber die rechtsradikalen Pläne **illustrieren** auch **den Rechtsrutsch, den bürgerlich-demokratische Parteien** und Regierungen zulassen oder **betreiben**.

Der Kapitalismus birgt immer die Möglichkeit einer faschistischen Herrschaftsform. Der notwendig krisenhafte kapitalistische Produktionsprozess zerstört die demokratischen Menschenrechte und die bürgerliche Gleichheit. Am Ende stellt er die bürgerlich-demokratische Herrschaftsform selbst in Frage. Die Synergie, das komplexe Zusammenwirken der weltweiten Krisen, beschleunigt diesen Prozess.

Vielfältige Krisen verunsichern Menschen. Da ist die ökonomische Krise in Form der Überproduktionskrise, also die anhaltenden Probleme bei der profitablen Verwertung des Kapitals. Da sind die individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der

Corona-Pandemie. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das **genozidale Massaker der Hamas** am 7. Oktober 2023 in Israel. Nicht zuletzt bedroht die **Klimakatastrophe** Gesundheit und Leben vieler Menschen. Aber soziale *emanzipatorische* Kämpfe, die über den Kapitalismus mit seiner Zerstörung des Menschen und der Natur hinausweisen, sind marginalisiert.

Alle kapitalistische Rationalität dient dem irrationalen, letztlich zerstörerischen Selbstzweck, aus Geld mehr Geld zu machen. Dafür **geht der Kapitalismus über Leichen, wie sehr, hängt ab von der Größe der Krise und der Stabilität der historisch erkämpften Abwehr.** Für das Interesse am Profit werden bürgerliche Freiheitsrechte und von Lohnabhängigen erkämpfte soziale Errungenschaften beseitigt, was wiederum den Rechtsruck beschleunigt.

Parteien, die regieren wollen, müssen ihr politisches Handeln dem Diktat des Kapitals und seiner Verwertungslogik unterwerfen. Auf diesem Abhang gibt es soziale und ökologische Verwerfungen in immer größerem Ausmaß. Die Profitmaximierung erfordert einen Staat als »ideellen Gesamtkapitalisten«, der über alle Instrumentarien verfügt, die Verwertungsbedingungen mit Gewalt aufrechtzuerhalten und durchzusetzen. Um sozialen Widerstand im Keim zu ersticken, intensivieren Regierungen Überwachung und Repression. Sie schränken die Versammlungsfreiheit weiter ein. Sie bauen die Macht der Polizei und der Repressionsorgane so aus, **dass der autoritäre Staat jederzeit ohne scharfen Legitimationsbruch in einen Polizeistaat überfließen kann**, sobald ökonomische Krise oder politischer Widerstand dies erfordern. Weltweit neigt die bürgerliche Herrschaft zur Faschisierung.

Diese Entwicklung richtet sich gegen den **Anspruch aller Menschen auf soziale Gleichheit.** In der bürgerlichen Gesellschaft war bisher nicht einmal die Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen in der Praxis durchzusetzen. Sie geht über die demokratischen Menschenrechte hinaus und verspricht auch *soziale* Menschenrechte.

Die herrschende Klasse bereichert sich unaufhörlich. Sie verarmt die Menschen. Viele werden ihrem Elend überlassen: Die Abhängigkeit vom Bürger*innengeld ist perspektivenlos. Obdachlosigkeit wird hingenommen. Fast die Hälfte der Rentner*innen – die meisten sind Frauen – beziehen mit weniger als 1250 Euro netto eine Armutsrente. Mit einer *Aktienrente* ginge es weiter bergab. Und jetzt zerstören bürgerliche Regierungspolitiker*innen zugunsten der Aufrüstung der Bundeswehr den Sozialstaat noch rücksichtsloser.

Das soziale Klima vereist. Der bürgerlichen Mitte sind arme Menschen bis auf seltenes Mitleid und Charity gleichgültig. **Ideologische Parolen der Entwertung wie »Ihr seid selbst schuld an Eurer Armut«** wurden im Überbau erfolgreich durchgesetzt. Diese Ausschließung von Menschen an der ökonomischen Basis des Kapitalismus bleibt notwendig, um die klassenspezifische Ungleichheit, die kapitalistische Eigentumsordnung und damit den Ausschluss der Lohnabhängigen vom Besitz von Produktionsmitteln, zu verteidigen.

Kapitalismus nutzt Rassismus, um die Klasse der Lohnabhängigen in den kapitalistischen Zentren zu spalten und zugleich brutalere Ausbeutungsbedingungen in der kapitalistischen Peripherie aufrechtzuerhalten. **Rassismus ist eine Methode um Menschen auf Basis biologischer, genetischer und kultureller Unterstellungen zu kategorisieren und zu entwerten und so Herrschaft von Menschen über Menschen zu rechtfertigen.** Völkischen dient der Rassismus dazu, die so entwerteten Menschen als »Andere« aus der deutschen »(Volks)Gemeinschaft« auszuschließen. Eine mörderische Ideologie.

Die bürgerliche Mitte, die **ihre Privilegien auf die Hügel gemäßigteren Klimas zu retten** versucht, will die Millionen Opfer der Klimakatastrophe höchstens im TV sehen. Das Bewusstsein, dass sie die Opfer der kapitalistischen Produktionsweise sind, von der die Mitte seit jeher profitiert, will sie abschalten können.

Die **bürgerliche Mitte düngt, aus Wahlopportunisten und teilweise aus Überzeugung, den Nährboden des Faschismus**, etwa wenn Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagt: »Wir müssen endlich im großen Stil abschieben«. Wenn auch grüne Minister*innen dem »Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS)« der EU zustimmen, zerstören sie das Grundrecht auf Asyl. Ihre Opfer verdursten in der Wüste, verhungern in den Wäldern Osteuropas, ertrinken im Mittelmeer. Das kapitalistische Zentrum EU-Europa wendet sich von den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention ab und verletzt universelle Menschenrechte.

Völkisches Denken, antisemitische und rassistische Ausgrenzung war die Voraussetzung des millionenfachen Massenmordes an Juden*Jüdinnen, Rom*nja und Sinti*zze, an Osteuropäer*innen, Oppositionellen und anderen entwerteten Menschengruppen. Aus dieser vergifteten Quelle pumpen Nazis und AfD.

SPD, Grüne und FDP wollen vom Rechtstrend profitieren. Mit der Asylrechtsverschärfung und dem »Rückführungsverbesserungsgesetz« (brutalere Ausgrenzung, schnellere Abschiebung) **fischen sie im braunen Wahlstimmenbecken.** Weil sie der Rechtsentwicklung hinterherlaufen statt sie zu bekämpfen, zerstören sie die Gleichheit. Längere Abschiebehaft statt Freiheit. Überwachung statt Privatsphäre. Verschleppung und Abschiebung Tag und Nacht auch ohne Ankündigung. Eine entwürdigende Bezahlkarte, die es nicht erlaubt, Familien im Herkunftsland mit kleinen Beträgen zu unterstützen oder sie aus den Klauen von Schleusern zu befreien.

Einige »antiimperialistische« »linke« Gruppen stellen die allgemeine Gültigkeit der sozialen und bürgerlichen Menschenrechte in Frage, indem ihre Theorie auf bestimmte Weise an die Theorie der Dekolonisierung bzw. an die Postkoloniale Theorie andockt. **Universelle Menschenrechte** als »weiße« zu stigmatisieren stellt die UN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen in Frage. Das spielt der Zerstörung der bürgerlichen Demokratie und ihrer begrenzten Freiheit zugunsten der Faschisierung in die Hände. Es wird nicht einmal

erkannt, dass der ideologische Überbau des Kapitalismus kein geschlossenes System einer reinen Unterdrückungsideologie ist, sondern es auch in ihm dialektische Widersprüche gibt. – Viele trotzkistische Gruppen übernehmen von der Postkolonialen Theorie nur die Fragmente, die mit ihrer spezifischen Form des **antisemitischen Antikapitalismus** kompatibel sind.

Postkoloniale Theorie beschreibt zutreffend, wie europäische Staaten während ihrer kolonialen Herrschaft über große Teile der Welt mit Hilfe rassistischer Sprache und der Behauptung eines angeblich aufklärerischen, zivilisatorischen Erziehungsanspruchs die Unterdrückung, Ausbeutung und Ausplünderung der kolonisierten Menschen rechtfertigten und durchsetzten.

Emanzipatorische linke Kritik sollte auch postkoloniale Begrifflichkeiten **demystifizieren, indem die ökonomische Basis in die Analyse einbezogen wird.** Interessen und Ideen müssen in ihrer Beziehung zu den Produktionsverhältnissen analysiert werden. Das tut die Postkoloniale Theorie oft nicht und trägt so zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse bei. Ihre Protagonist*innen streben nach »Verteilungsgerechtigkeit«, nicht aber nach der Aufhebung der kapitalistischen Klassengesellschaft, die ja die soziale Ungleichheit braucht und schafft.

Die Unterstellung eingepprägter fundamentaler Unterschiede ähnelt ethnopluralistischen Unterstellungen der neuen Rechten, die von »unüberwindlichen kulturellen Unterschieden« sprechen und daraus eine gesplante Welt ableiten. Das **Durcheinander** aus Unwissenheit und Absicht falscher und richtiger antikolonialer Positionen **bietet Andockstellen für antizionistischen Antisemitismus.** Wir haben darüber geschrieben.¹ Wer z. B. behauptet, Israel sei ein »Kolonialstaat«, der zerstört werden müsse, zeigt nur, wie wenig vom Kolonialismus verstanden ist. Wenn antizionistisch-antisemitische Gruppen das eliminatorisch antisemitische Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 als **»Akt der Befreiung«** bejubeln, beweist das die mörderische Folge ihrer Ideologie, welche **große Verwandtschaft zum nationalistisch-völkischen Denken** aufweist.

Der antizionistische Antisemitismus ist eine Steilvorlage für den mit »antikapitalistischen« Versatzstücken argumentierenden Antisemitismus der Rechtsradikalen. Autoritäre Einstellungen, welche die **faschistische Hamas** verherrlichen, spielen den Rechtsradikalen in

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/599270

www.oekologische-linke.de

E-Mail: kontakt@oekolinx.de

Spenden (steuerabzugsfähig) bitte an:

Ökologische Linke
Frankfurter Sparkasse 1822
IBAN: DE67 5005 0201 0200 5006 51
BIC: HELADEF1822

die Hände. Sie verwischen Unterschiede zwischen links und rechts, was wiederum im Interesse der bürgerlichen Klasse liegt. **Moishe Postone** (*Nationalsozialismus und Antisemitismus*) hat **prognostiziert**, dass, wenn unsere Sache schlecht läuft, **eines Tages der Kampf gegen den Kapitalismus ersetzt** werden wird **durch den Kampf gegen den Juden.** Und genau hier sind völkische Antimperialist*innen inzwischen angekommen.

Notwendig ist die Verbindung des Kampfes gegen alle Arten von Antisemitismus mit dem Kampf gegen Rassismus.

Im Kampf gegen Antisemitismus ist antimuslimischer Rassismus zurückzuweisen und im Kampf gegen Rassismus u.a. auch der antizionistische Antisemitismus. Mit Antisemit*innen und Rassist*innen machen wir keine gemeinsame Sache.

Dafür müssen die **Kämpfe gegen Naturzerstörung, Ausbeutung und Entwertung des Menschen zusammengeführt** werden. Diese Kämpfe umfassen auch alles, was Menschen das Leben unerträglich macht: Sexismus, Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, Verachtung von Armen. Unser Widerstand steht in Zeiten ökonomischer Krisen unter besonders hartem Druck. Wenn wir nicht nur an Symptomen herumbasteln wollen, muss dieser Kampf ein antikapitalistischer sein. **Das Ziel unserer Anstrengungen ist die soziale Gleichheit aller Menschen und ein gutes Leben für alle.**

Stellungnahme des
Bundessprecher*innenrates (BSR)
der **Ökologischen Linken** im Mai 2024

¹ https://www.oekologische-linke.de/dl/dl.pdf?download=Oekologische-Linke_20170619_Position-zu-Israel.pdf